

Die Kanzlerrede im Reichstag.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die Regierung hat sich beim Abschluss der Wicombverträge darauf eingelassen, dass man etwa im Frühjahr zu geordneten Verhältnissen kommen würde. Tatsächlich ist der Lauf der Dinge erheblich langsamer verlaufen. Es mussten darum andere Wege gegangen werden, um das Wirtschaftsgeschehen im Inland wieder aufrechtzuerhalten. Nach Abschluss des Londoner Abkommens ging der Reichstag in die Ferien. In dieselbe Zeit fällt die Verabschiedung der Umfassungsgesetze, die Erhöhung der Beamtengehälter. Alles musste beschleunigt, ohne den Reichstag. — Der Finanzminister wollte an den Reichstag herantreten, da kam die Regierungskrise und die Auflösung des Reichstages. Es wurde eine Steuererhöhung vorgenommen. Dann musste auch die Rubensschiedsfrage erledigt werden. Will man der Regierung daraus einen Vorwurf machen, dass es ihr gelungen ist, im Laufe des Jahres die Reichsfinanzen zu sanieren? (Großer anhaltender Applaus links, Rufe rechts: Jubel) Die Zusagen galten erst für die Zeit nach der Sanierung. Sollten wir die Zahlungen verweigern, nachdem das deutsche Volk in der Lage war, sie zu leisten?

Der Reichsfinanzminister gibt einen zahlenmäßigen Überblick und stellt für die Finanzverwaltung fest, dass nur Zahlungen geleistet worden sind, zu deren Leistung nicht nur eine juristische, sondern auch eine politische Verpflichtung bestand. Die Regierung sei bereit, dem Ausland über jede Einzelheit Auskunft zu geben.

Preussischer Landtag.

Berlin, 20. Febr. Der Kabinettsrat entschied heute vor der Vollziehung die Frage, ob die eingebrachten Vertrauens- bzw. Misstrauensanträge die Priorität haben sollen, dahin, dass über den Billigungsantrag der Regierungspartei zunächst abgemittelt werden soll.

In der Vollziehung

wurden Anträge der Deutschen Volkspartei auf Einleitung von Hilfsmaßnahmen für notleidende Angehörige des Mittelstandes im besetzten Gebiet, Anträge über die Besetzung des aus dem besetzten Gebiet auszuweisen und in das nichtbesetzte Gebiet versetzen Beamten der Auszubereitungen übermieten. Darauf wurde die

Beratung über die Regierungserklärung

fortgesetzt. — Abg. Nibel (Dem.) polemisierte gegen die Deutsche Volkspartei, die der Reaktion helfe und auf die Mitglieder der Kommunisten rechte. (Zurufe: Wie Sie im Reichstag!) Die letzte Rede Campos erbringen den Beweis für die Erreichung der Altersgrenze bei Herrn von Campe. Nach rechts zu verhandeln, hätte für Herrn Marx nicht den geringsten Zweck gehabt, nachdem die Volkspartei die große Koalition abgelehnt und sich für den Modus der Koalition entschieden habe. (Großer Applaus rechts.) Die Rechte hat keinen Angriffspunkt als Barmat und immer wieder Barmat. Barmat habe sich eigentlich die Ehrenmitgliedschaft der Rechten verdient. Die demokratische Partei habe ein schweres Opfer gebracht, wenn sie ihre beiden Vorstehenden in das Kabinett geschickt habe. (Wachen rechts.) Wer die Regierung stürzen wolle, ohne ihre Taten abzuwarten, trage die Verantwortung gegenüber der Geschichte und mache sich zum Helfershelfer der Schuldigen an unserer Not. (Beifall links, Gegenrufgebung auf der Rechten.)

Als zum Schluss der allgemeinen Aussprache über die Regierungserklärung der Abg. Heilmann (Soz.) sich in einer persönlichen Bemerkung anwandte, um gegen den Ausdruck des deutschnationalen Abg. Lange zu protestieren, man müsse einen Bestorben um die Sozialdemokraten stehen, erhebt sich bei den Kommunisten und auch auf der äußersten Rechten ein ehrenbetäubender Lärm. Vergebens versucht Heilmann zu Worte zu kommen. Der Präsident lässt andauernd mit der Glocke. Die Rufe: Barmatstücker, Arbeiterverräter, Oberdieber usw. wollen kein Ende nehmen. Schließlich sah sich der Präsident nach minutenlangem Tumult genötigt, die Sitzung zu unterbrechen.

Der Vertrauensantrag für das Kabinett Marx Berlin, 20. Febr. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag billigt die Regierungserklärung und spricht dem Staatsministerium das Vertrauen aus. Das Ergebnis der Abstimmung ist vom Zufall abhängig.

Herr v. Rosen vor dem Barmatauswurf des Reichstags.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 20. Februar. Auf eine Anfrage des Reichstagsuntersuchungsausschusses in der Barmat-Affäre, warum ein Teil der Akten des Generalkonsulats in Holland vernichtet worden sei, hat das Generalkonsulat geantwortet, dass die Vernichtung auf eine Anordnung des auswärtigen Amtes hin erfolgt sei, weniger wertvolle Akten auszufallen.

Abg. Rosenbergs (Komm.) teilt mit, dass vom Oberpräsidenten Siegh von Lippe die Zeitung „Echo des Ostens“ wegen einer Karikatur Barmats auf Grund des Republik-Schutzgesetzes auf 14 Tage verboten sei.

Der Austausch trat sodann in die Beratung des Reichsministers A. D. und Gefandens von Rosen ein, der 1916 bis Ende 1921 deutscher im Haag war.

Herr v. Rosen

bittet, keine Aussagen vertraulich zu behandeln. Alle meine Handlungen, sagte der Zeuge, erfolgten ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Außenpolitik. So, wie die Situation in Deutschland zu der französischen Zeit war, möchte uns jeder willkommen sein, der uns irgendwie helfen konnte. Darauf beruhen die ersten Beziehungen der Gefandtschaft im Haag zu Barmat. Ich persönlich hatte mit Barmat nichts zu tun. Gefandter v. Rosen gab dann zu keinem Schreiben vom 12. März 1918 an den damaligen Reichskanzler Berlin, in dem Barmat als ein „aus vortrefflich bekannter Quelle“ bezeichnet wurde, Erklärungen ab. Barmat habe sich damals bemüht, zu verhindern, dass die zahlreichen in Holland sich aufhaltenden Russen in die deutsche Feindlichen Ozeare eintraten. Auch die Bemühungen Barmats, mit der Ukraine in Verbindung zu treten, schienen uns damals im Interesse des Deutschen Reiches zu liegen. Zu seinem Vorteil sprach auch seine Beteiligung an der Gründung einer deutsch-ukrainischen Zeitung in Holland. Dann kam aber die Periode, in der Barmat sich ernstlich bemühte, Verhandlungen bei Einzelverhandlungen nach Deutschland zu erlangen, und zu diesem Zeitpunkt war Barmat der Gefandtschaft schon als ein ziemlich gewissenloser Geschäftsmann bekannt. Deshalb haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten vor ihm gewarnt. Im einzelnen kann ich mich dieser Warnungen nicht entsinnen.

(Bei Schluss der Redaktion dauert die Sitzung noch an.)

Zollkrieg auch mit Polen?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.) Brück, 20. Februar. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Bukarest: Hier geht man große Hoffnung auf den am 1. März einsetzenden Zollkrieg mit Deutschland. Da auch am 1. März die deutschen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen beginnen sollen, erhofft man in Bukarest, dass dieses Mittel Brück auch Polen den Zollkrieg eröffnen lässt, sobald es die entwürdigenden deutschen Bedingungen kennengelernt hat.

Die Weitervernehmung Voeges.

Noch einmal die Ermordung Rauchs.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.) Leipzig, 20. Februar. In der heutigen Sitzung wird die Vernehmung des Angeklagten Voege fortgesetzt. Der Vorsitzende befragt den Angeklagten über den Fall Rauchs, worauf Voege etwa folgende Aussagen macht: Neumann erzählte mir, im Bezirk in wogee ein Gewisse, der sich der Spitze verdächtig gemacht habe. Ich erhielt den Auftrag, mich mit Rauchs in Verbindung zu setzen. Neumann sagte bei einem Zusammenreffen mit Rauchs zu diesem: Du unterstehst jetzt mir. Ich nehme dich in meinen Nachrichtenapparat auf. Davon, dass Rauchs erlitten werden müsse, hat mir Neumann nichts gesagt. Ich sollte nur feststellen, ob er tatsächlich ein Spion sei. — Angekl. Neumann: Das stimmt nicht. Ich habe ausdrücklich gesagt, er müsse erledigt werden. — Angekl. Voege bekräftigt dies und fährt fort: Eines Tages sagte Rauchs mir, dass die ja zwei Briefe von der Zentrale beschlagnahmt habe, die in Geheimschrift geschrieben seien. Wenn er das Mittel zur Entzifferung bekommen könnte, würde er Ansehen bei der La bekommen und dort angeheilt werden. Ich erstattete Neumann Bericht und dann erst sagte Neumann: Dann ist er erledigt.

Die Wahr nach Süddeutschland schildert der Angeklagte im großen und ganzen in Uebereinstimmung mit Neumann. Bei der Rückkehr aus Badenof sagte Rauchs an mir: Ich habe erfahren, dass eine Fallsenergruppe mir nachstellte. Ich sagte ihm, solange du bei mir bist, brauchst du keine Angst zu haben. — Vorl.: Warum haben Sie denn das ganze Mandat gemacht? — Voege: Ich durfte doch Neumann nicht merken lassen, dass ich einverstanden war. Neumann hatte sich einen Dolch gekauft, und ich nahm an, dass Neumann den Rauchs erlösen wollte. — Angekl. Neumann: Das trifft nicht zu. Voege hat mir nach der Rückkehr aus Süddeutschland gesagt: Nachdem ich dich immer habe schwanken sehen, ist bei mir der Gedanke aufgetaucht, Rauchs selbst über den Dauten zu schießen. Angekl. Voege bekräftigt dies. Später, so fährt er fort, sagte Rauchs: Entweder heilt ich mich jetzt endgültig an, oder aber ich muß meine Konzeptionen auch gegenüber Ihnen und mich an die Polizei wenden. Ich brauche mein Geld! In diesem Augenblick hatte ich selbst keine Empfindung mehr für Rauchs, da er um des Geldes wegen hochgehen lassen wollte.

Darauf schildert der Angeklagte Voege die Erschickung des Rauchs. Die Schüsse fielen sofort nacheinander. Rauchs fiel auf und fiel zusammen. Am Boden liegen habe ich ihn

nicht gesehen, ich sah nur die Umrisse. Nachdem im Auto umarmte mich Neumann und sagte: So, der sagt nichts wieder. Unterwegs sprachen wir nicht. Nur einmal sagte Neumann: Nun kann ich vor die Gerichtsbank treten und lassen, legt gibt es keine Schwierigkeiten mehr in finanzieller Beziehung.

Vorl.: Sie sollen bei Entsch. dem Wohnunggeber von Margies, gehört haben, wie Neumann zu Margies sagte, wo meine Vikarie hinsichtlich, da wäch sein Gras mehr. — Voege: Eine derartige Unterhaltung hat nicht stattgefunden. — Vorl.: Wie konnten Sie eine so niederträchtige Aussage machen. — Voege: Ich hatte das gegen Neumann, der mich noch in ganz anderen Situationen getroffen und zum Verzeihen gemacht hat.

Der Angeklagte Neumann ruft hier: Unrechtl. — Abg. Dr. Schindler: Ich bitte, das zu rügen. — Vorl.: Ich ersuche den Angeklagten Neumann, derartige Bemerkungen zu unterlassen. — Abg. Dr. Schindler: Ich verweise eine Frage. — Vorl.: Ich verbitte mir Kritik an meiner Verhandlungsführung. — Abg. Dr. Samter will eine Erklärung über in angeforderte Objektivität des Vorsitzenden abgeben. — Vorl.: Ich entziehe Ihnen dafür das Wort; wenn Sie trotzdem weiterprechen, werde ich die Konsequenzen ziehen, ich habe das Hausrecht hier. — Reichsanwalt Dr. Neumann: Eine Kritik des Vorsitzenden steht außerhalb des Gesetzes. Nach der Prozessordnung gibt es eine Kritik des formalen Verhaltens des Vorsitzenden nicht.

Von selten der Verteidigung wird an den Angeklagten Voege eine Reihe weiterer Fragen gerichtet, namentlich um die Beteiligung einiger anderen Angeklagten an den Fällen Seidl und Rauchs klarzustellen.

Der Angeklagte schildert sodann die Fälle Stinnes und Vorlitz in Uebereinstimmung mit Neumann. Neumann habe gesagt, es sei notwendig, sich mit Stinnes zu beschäftigen. — Vorl.: Wussten Sie, dass Delmuth Ihr Vorgeladener war? — Angekl. Voege: Das habe ich aus den Bemerkungen Neumanns geschlossen. Im übrigen wußte ich nichts von der Organisation der Partei, nichts vom Revolutionskomitee, nichts vom Käuferkopf und vom Direktorium. Die Partei war damals illegal und ich hatte keine Verbindung. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten weiter vor, eine große Anzahl von Einzelheiten seiner Aussagen habe er unmöglich entnommen können. — Der Angeklagte Voege zieht an Hand der erwähnten Broschüre, daß seine früheren Aussagen in verschiedenen Fällen mit dieser übereinstimmen.

Das Wettrüsten der Großmächte.

England — Frankreich.

(Durch Funkdruck.)

London, 20. Febr. (Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte ein Regierungsvertreter, die Stärke der Luftflotte der Marine und des Ozeans und der Kolonialtruppen Frankreichs betraue sich nach den letzten vorliegenden Informationen auf ungefähr 140 Geschwader zu neun Flugzeugen. Diese Zahl umfasse nicht die in Bildung befindlichen neuen Geschwader. Die Zahl der in Europa stationierten betrage 110. Ueber die Zahl der Reservemotoren lägen keine Nachrichten vor. Die Zahl der Luftgeschwader Großbritanniens und Irlands einschließlich der der Marine zugehörigen betrage 30 zu je 12. Angaben über die Anzahl der vorhandenen Reservemotoren zu machen, würde nicht im öffentlichen Interesse liegen.

Weiter erklärte der Regierungsvertreter auf Anfrage, es seien bisher Flugdienste nach Frankreich, Belgien und Holland, sowie nach Deutschland (Köln und Berlin) und, außer im Winter, nach der Schweiz eingerichtet. Das Luftfahrtministerium und die Reichs-Luftverkehr-Gesellschaft erwägen die Einrichtung weiterer Linien, aber es bedürfen Schwierigkeiten in Mitteleuropa, insbesondere hinsichtlich der Flüge über Deutschland. (W. T. B.)

Amerikas „ungenügende“ Luftkräftigung.

Washington, 20. Februar. Der Vizeadmiral Mitchell befragte sich wiederum vor dem Ausschusse des Repräsentantenhauses für Luftschiffahrtfragen über die ungenügende Stärke der amerikanischen Luftflotte, wobei er darauf hinwies, daß Japan und auch die Philippinen wie die Hawaiiischen Inseln mit Leichtfliegern versehen seien. Diese könnten nicht länger als zwei Wochen gehalten werden, da ihre Verteidigungsmittel veraltet seien. Der Ausschuss beschloß einstimmig, den Kriegsekreter noch einmal vor sich zu laden, um weitere Fragen an ihn zu stellen. (W. T. B.)

Teilnahme Amerikas an der Waffenkonferenz.

Die Frage der Waffenfabrikation soll ausgeschlossen bleiben. Paris, 19. Febr. Der „Pettit Parisien“ meldet aus Washington: Es verlautet aus offizieller Quelle, daß die amerikanische Regierung dem Völkerrund ihre Entscheidung, an der Konferenz über Handel mit Waffen teilzunehmen, nicht teilhat. Die Note fordere indessen, daß das Programm dieser Konferenz nicht die Frage der Fabrikation von Waffen enthalte, da die gegenwärtige Beschneidung der Vereinigten Staaten es nicht gestatte, diese Fabrikation zu verbieten oder zu beschränken. (W. T. B.)

Coolidges Pläne einer neuen Abrüstungskonferenz.

(Durch Funkdruck.) London, 19. Febr. „Daily Telegraph“ meldet aus New York, die Frage einer Abrüstungskonferenz habe den Gegenstand von Besprechungen zwischen Washington, Paris, Tokio und anderen Hauptstädten gebildet. Indessen erwählte ein Vertreter des Weißen Hauses zu der Erklärung, daß die bisherigen Erörterungen noch nicht soweit gediehen seien, um von formellen Verhandlungen zu sprechen. Präsident Coolidge wünsche eine Vereinbarung herbeizuführen, die nicht nur den Bestand an Schlachtschiffen fest

Der Franken stürzt weiter.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.) Genf, 20. Febr. „Journal“ meldet: Nach kurzem Stillstand an den Auslandsbörsen hat sich am Mittwoch der Sturz des französischen Franken fortgesetzt. Im New York Börsen der Rückgang am gestrigen Donnerstag weitere acht Punkte. Nachbörlich wird dem „Gerald“ ein starkes Angebot von französischen Kriegsanleihe gemeldet, was dem Frankenkurs in New York mutmaßlich neue Förderung geben wird. In Paris gleichen die Preise langsam aber stetig an. In St. Antoine kam es am Mittwoch vor den Aktienbörsen zu heftigen Zusammenstößen, weil die Böder den Preis für Eisen um vier Cents erhöhten.

Ein amerikanischer Ruffel für Frankreich.

(Durch Funkdruck.)

London, 20. Febr. Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus Washington wird dort amtlich in Abrede gestellt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Frankreich zur Stabilisierung seiner Währung eine Anleihe von 20 Millionen Pfund in Aussicht gestellt habe.

lichen, sondern auch den Rüstungswettbewerb in Ostasien beendigen würde. Wenn in der Frage der Luftkräften etwas getan werden könnte, so würde Washington einen solchen Schritt begrüßen, aber Coolidge sei der Ansicht, daß dies in erster Linie eine europäische Frage sei.

Die „Daily Telegraph“ aus Tokio meldet, besetzt Japan darauf, daß vorerst Verhandlungen mit Tokio stattfinden, um die Tagesordnung der Konferenz festzusetzen. (W. T. B.)

England weicht der Sicherheitsfrage aus.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.) Paris, 20. Febr. Die Presse veröffentlicht eine Agentenmeldung aus London, in der es heißt, daß die Sicherheitsfrage Gegenstand von Ausräunungen seitens der deutschen Regierung bei der britischen Regierung gewesen sei. Das britische Kabinett hat die deutsche Regierung wissen lassen, daß es ihre Anregungen wohl zu schätzen wisse, aber der Ansicht sei, daß diese augenblicklich keinerlei Aussicht auf Erfolg haben könnten. Es wird im übrigen an gut unterrichteter Stelle erklärt, daß die Frage eines Sicherheitsabkommens nicht Gegenstand irgendeiner Diskussion, weder zwischen der englischen und französischen, noch einer anderen Regierung gewesen sei, und man habe hervor, daß, solange das Londoner Kabinett keine Entscheidung über das Genfer Protokoll getroffen habe, die Frage eines Sicherheitsabkommens kein aktueller Gegenstand werden könne.

Der Garantiepakt und die „künstliche Ofgrenze“ Deutschlands.

Rom, 19. Februar. Jan von Frankreich gewünschten Garantiepakt bemerkt „Epoca“: Solange Frankreich auf der künstlichen Ofgrenze Deutschlands besteht, gegen die sich vor einigen Tagen noch Reichskanzler Brüning in Rom abgesetzt habe, werde Frankreich nie gegebenlich eine Garantie für eine eigene Sicherheit suchen. (W. T. B.)

Ein befremdlicher amerikanischer Beschluß.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.) Paris, 20. Febr. Der „Matin“ meldet aus Washington: Der Kompensationsausschuss habe beschlossen, daß Deutschland Schadenersatz an alle diejenigen amerikanischen Familien zu leisten hat, von denen Angehörige unter den Opfern der „Lusitania“-Katastrophe waren. Die Kommission hat 84 Gesuche und Kompensationen anerkannt, die sich auf eine Gesamtschade von 140 000 Pfund Sterling belaufen. Der Beschluß ist befremdlich, weil das Oberste Bundesgericht entschieden hat, daß die Torpedierung der „Lusitania“ eine berechtigte Kriegsmaßnahme gewesen sei.

Berlängerung der Militärkontrolle einstimmig beschlossen?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.) Karlsruhe, 20. Februar. Die „Straßburger Neue Zeitung“ meldet aus Paris: Am Mittwoch ist die Entscheidung im Völkerrundrat so gut wie gefallen. Das Börsen der Kavalsagentur erklärt sich mit Rücksicht auf die Entscheidung der Völkerrundratkonferenz. Marschall Foch hat beim Verlassen des Regierungsgesäßes in Vertelles der Presse gegenüber sein Wohl daraus gemacht, daß sowohl die Verlängerung der Militärkontrolle wie auch neue Forderungen an Deutschland einstimmig beschlossen worden seien.

Eine englische Warnung.

London, 20. Februar. Die „Times“ befassen sich in einem Leitartikel mit dem Sinken des Frankenkurses. Das Blatt sagt, die französischen Minister schienen gar nicht die eigentliche Wurzel des Übels zu erkennen. Seit dem Kriege habe der Hauptfehler der französischen Finanzpolitik darin gelegen, daß zuviel auszugeben wurde und daß die dadurch entstehenden Lücken in den Einnahmen nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Aufnahme von Anleihen in verschiedenen Formen angefüllt wurden. Frankreich sei jetzt dahin gelangt, daß es sich entscheiden müsse, ob es mit der Währungsreform fortfahren wolle, die zu einer finanziellen Katastrophe führen könne, oder ob es eine Politik energischer Sparmaßnahmen betreiben wolle, die die Finanzen stabilisieren und eine allmähliche Verminderung der Schulden ermöglichen würde.

Wobin Tablets für Sänger, Redner, Raucher